

p.B.41.21.S.L.O - AM

Bern, 17. Februar 1992

BERICHT
über die Reise nach Sri Lanka und Bombay
vom 25. Januar bis 6. Februar 1992

1. Zweck der Reise

Die Zahl der sri lankischen Asylgesuchsteller ist im Verlaufe der letzten Dekade von 4 im Jahre 1981 auf 7349 im Jahr 1991 angewachsen. Es halten sich insgesamt mehr als 23.000 Tamilen in der Schweiz auf, welche durch die veränderte Konjunktursituation nicht mehr automatisch in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können. Der Unterzeichnete reiste deshalb zu einer direkten Orientierung über die politische und militärische Lage nach Sri Lanka. Der Bereich der Menschenrechte und der allfälligen Heimschaffung tamilischer Asylbewerber waren dabei von besonderem Interesse.

Auf dem Rückweg in die Schweiz bestand in Bombay die Möglichkeit, mit Herrn Generalkonsul Keiser und seinen Mitarbeitern verschiedene Visafragen zu besprechen.

2. Gesprächspartner und Reiseprogramm

Das Programm in Sri Lanka war in zwei Teile aufgegliedert: dem Besuch der vom Krieg heimgesuchten Nordostprovinz folgten weitgefächerte Gespräche in Colombo (Beilage 1). Aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung allfälliger Probleme holte Botschafter André von Graffenried vor der Abreise in die Nordostprovinz eine Bewilligung im Verteidigungsministerium ein. Eine abschliessende Stippvisite in die Region von Kandy bot Gelegenheit, die Heimat der hauptsächlich in den Teeplantagen arbeitenden "Indien-Tamilen" zu besichtigen. (Beilage 2 zeigt die Grenzen der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Nordostprovinz.)



3. Beurteilung der aktuellen Lage

Während der zweiten Hälfte des Monats Januar war die Nordostprovinz täglich Schauplatz heftiger Gefechte. Mit ihrer "hit and run"-Taktik stellen die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) die Armee vor grosse Probleme. Ohne Kampfhelikopter, welche die Vereinigten Staaten nicht liefern wollen, fällt der Armee die Guerillabekämpfung schwer. Die jungen Soldaten mit ihren brandneuen olivgrünen Kampfanzügen und chinesischen Maschinenpistolen geraten immer wieder in den Hinterhalt und sind häufig nicht in der Lage, den LTTE-Kommandos die Stange zu halten. Auf dem Feld ist die Armee zwar generell in einer besseren Position als noch vor einigen Monaten und die geplante Aufstockung des Bestandes auf 100.000 Mann macht sich bemerkbar. Das Budget für die Operationen im Nordosten beträgt rund 1 Million US-Dollars pro Tag! Die Truppe versucht "to win the hearts and minds of the population", was wiederum Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation hat. In den grösseren Städten des Ostens (Trincomalee, Batticaloa) ist die Lage unter Kontrolle und die Fläche der gesicherten Regionen nimmt zu. Im Hinblick auf die Rückführung der Flüchtlinge aus dem indischen Bundesstaat Tamil Nadu (mehr darüber unter Punkt 6) will die Armee natürlich möglichst bald weitere Regionen als "safe" erklären. Die Armeeführung drängt unverholen auf den Sturm der von der LTTE kontrollierten dichtbevölkerten Jaffna-Halbinsel, wo über 800.000 Zivilisten auf engstem Raum leben. Mit einer ausgedehnten Anschlagsserie versuchen die militanten Tamilen der LTTE den Angriff zu verzögern und soviele Soldaten wie möglich anderweitig zu binden. Unter diesen Voraussetzungen ist eine Ausweitung der Guerillaaktivität auf bisher nicht berührte Landesteile, wie etwa die Hochebene um Kandy, nicht auszuschliessen.

Die Fortsetzung der Kampfhandlungen im Jahre 1992 und der ungewisse Ausgang der Friedensinitiative des Präsidenten des Ceylon Workers Congress (CWC), Saviamoorthy Thondaman, lassen keine baldige Entspannung der Lage erwarten. Thondaman hat zwar, von seiner Doppelstellung als tamilischer Gewerkschaftsführer und dem gleichzeitigen Ministermandat profitierend, Vorschläge zur Lösung des Konfliktes unterbreitet. Die auf grösstmögliche Autonomie der Nordost-Provinz abzielenden Ideen stossen auf singhalesischer Seite auf Skepsis. In der oppositionellen SLFP (Sri Lanka Freedom Party) beginnt sich eine Parlamentariergruppe von 40 Abgeordneten abzuspalten und firmiert als Totalopposition unter dem Begriff "Hela Urumaya" (Nationales Erbe). Die regierende UNP (United National Party) besitzt ebenfalls nur einen kleinen Spielraum, da Präsident Ranasinghe Premadasa nicht gegen den erbitterten Widerstand der singhalesischen Nationalisten und des buddhistischen Klerus handeln kann. Der Präsident, welcher die erste Hälfte seiner sechsjährigen Amtszeit überstanden hat, ist zudem seit dem gegen ihn angestrebten Absetzungsverfahren geschwächt und versteckt sich in der Tamilenfrage hinter der Opposition. Premierminister D. Wijetunge betrachtet die LTTE gemäss einem Zeitungsin-

terview nicht als ethnisches sondern als reines Terroristenproblem. Auf der Gegenseite beharren die LTTE weiterhin auf ihrer Maximalforderung nach einem "homeland" und betreiben eine kompromisslose Abspaltungspolitik. Vertreter der katholischen Kirche weilten Ende Januar in Jaffna und führten Gespräche mit verschiedenen führenden LTTE-Vertretern, darunter Anton Balasingham und Mahendrajah, alias "Mahayatta". Dabei gaben diese vage Hinweise auf eine allfällige Gesprächsbereitschaft zu erkennen, ohne dass sich aber der LTTE-Führer Prabhakaran dazu geäußert hätte.

Das zur Lösung des Tamilenkonfliktes gegründete überparteiliche "Select Committee" mit seinen 42 Mitgliedern wird unter diesen Voraussetzungen nach übereinstimmender Ansicht von Gesprächspartnern aus Regierung und Opposition schwerlich eine tragfähige gemeinsame Grundlage finden. Solange Indien keine Bereitschaft zur Mithilfe der Konfliktlösung zeigt, sind Vermittlungsversuche von aussen ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Seit dem endgültigen Abzug der IPKF (Indian Peace Keeping Forces) im März 1990 und der Ermordung Rajiv Gandhis nimmt Indien als regionale Grossmacht eine strikte Haltung gegen die LTTE ein (mehr dazu unter Punkt 4). Ein Gericht in Madras hat den LTTE-Führer Vellupilai Prabhakaran wegen seiner angeblichen Verwicklung in die Vorbereitungen dieses Terroranschlages international ausgeschrieben.

Die offizielle Reaktion auf allfällige externe Vermittlungsandeutungen ist frostig und wird einsilbig mit dem Satz "the time is not ripe for external mediation" abgehandelt. Angesichts der festgefahrenen Lage im "Select Committee" wird sich aber die Frage stellen, ob sich nicht doch in naher Zukunft eine internationale Vermittlung aufdrängen könnte. Als wahrscheinlichste Variante böte sich ein Vorgehen im Rahmen der UNO an, auf Stufe "fact finding" beginnend und sich dann graduell auf politische Kernfragen ausdehnend. Ohne das Plazet von Indien und eine veränderte Haltung der Vereinigten Staaten ist dieser Lösungsansatz unrealistisch. Im Gegensatz zu anderen Regionalkonflikten agieren die Amerikaner sehr zurückhaltend, betonen den regionalen Kontext des Konfliktes und scheinen weiterhin abzuwarten, ob die Regierung die LTTE militärisch in die Knie zwingen kann. Eine allfällige schweizerische Vermittlung, welche über das Angebot für Genf als Gesprächsort hinausginge, erscheint im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ratsam und wird auch kaum gewünscht.

4. Menschenrechtslage

Vertreter des IKRK, Mitarbeiter von NGO's, Kollegen in Botschaften und Abgeordnete von Regierung und Opposition waren sich einig, dass sich die Menschenrechtslage spürbar gebessert habe. Die Geister scheiden sich allerdings bei der Frage, wie der Fortschritt zu werten sei. Die Situation ist in der Tat besorgniserregend und gemäss einer Arbeitsgruppe der UNO Menschenrechtskom-

mission sind in den letzten acht Jahren über 12.000 Menschen "verschwunden". Es handelt sich um die höchste vergleichbare Zahl weltweit! Die Zeitung "The Island" nimmt in ihrem Kommentar zum Unabhängigkeitstag am 4. Februar darauf Bezug und schreibt: "It's a record perhaps, but not one that we need be proud of on our 44th Independence Day".

Die Regierung kann in den letzten Monaten auf Fortschritte verweisen, wenn auch eine Diskrepanz zwischen Entscheiden und deren Vollzug besteht. Immerhin wurde rechtzeitig vor dem Gebertreffen in Paris ein Bericht zum Massaker der Armee im Dorf Kokkadikolai vorgelegt, wo Truppen am 12. Juni 1991 67 Zivilisten als Repressalie für einen Anschlag der LTTE ermordeten. Der Regierungssprecher Ranil Wickremasinghe wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass fünf Armeeangehörige sich vor Gericht für ihre Taten zu verantworten hätten. Die von Amnesty International im Oktober 1991 geforderten Verbesserungen hat die Regierung teilweise befolgt, allerdings ohne das Mandat der präsidialen Kommission "of Inquiry into the Illegal Removal of Persons" auf Fälle vor Januar 1991 auszudehnen. Da angesichts des zwischen 1988-1990 im Süden lodernden JVP-Aufstandes (Janatha Vimukthi Peramuna, marxistisch-totalitäre Bewegung nach dem Muster des Sendero Luminoso) die Zahl der Toten in die Zehntausende ging, hätte die Kommission auch wenig reale Möglichkeiten tatsächlich den Verbleib der Verschwundenen aufzuklären. Eine EG-Kommission schätzte die Zahl der getöteten Singhalesen bei diesem bitter geführten Konflikt im Süden der Insel auf 60.000 Tote. Die LTTE haben im Gegensatz zur Regierung das Papier von AI überhaupt nicht zur Kenntnis genommen...

In Sri Lanka werden derzeit nach Aussagen des IKRK über 7.500 Personen nach Notstandsgesetzen festgehalten. Die Zahl der Verschwundenen hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1991 stark verringert. Von den 900 verschwundenen Personen des Vorjahres fielen nur knapp 100 in die zweite Jahreshälfte. Pro memoria sei erwähnt, dass zwischen Juni 1990 - dem Wiederaufflammen des Konfliktes im Nordosten - und Juni 1991 gegen 3.000 Personen im Nordosten verschwunden sind. Das IKRK kann die Gefangenen besuchen. Die Anzahl der Gefangenen in den Händen der LTTE dürfte um 300 - 400 Personen liegen. Das IKRK kann nur einen kleinen Prozentsatz dieser Festgehaltenen sehen.

Als negatives Element muss erwähnt werden, dass nach wie vor junge Männer aus Flüchtlingslagern zu Befragungen mitgenommen werden und nie mehr auftauchen oder mit den Worten eines engagierten Pfarrers im Norden von Trincomalee ausgedrückt: "the white cars arrive often at night". Um Praktiken dieser Art einen Riegel vorzuschieben ist die Aufrechterhaltung eines konstruktiven Drucks notwendig und der Besuch in der Schweiz von Minister Sirisena Cooray, zuständig für "housing and construction", bietet bereits in der zweiten Februarhälfte Gelegenheit zur Erörterung von Menschenrechtsfragen. Als Präsident der Regierungspartei UNP

ist Cooray sowohl in Bezug auf Menschenrechte, wie auch im Tamilenkonflikt als Hardliner einzustufen.

5. Lagerproblematik im Bezirk von Trincomalee

Trincomalee weist eine ausgeglichene Bevölkerungszusammensetzung auf. Je ein Drittel Tamilen, Singhalesen und Mauren (islamischen Glaubens) leben in diesem Teil der Ostprovinz. Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts waren im Osten Sri Lankas kaum Singhalesen anzutreffen. Inzwischen haben die wechselnden Regierungen in Colombo mit Ansiedlungsprogrammen das demographische Bild im Osten nachhaltig zugunsten der Singhalesen verändert. Diese sind gegen eine endgültige Verschmelzung der ausschliesslich von Tamilen bevölkerten Nordprovinz mit der ethnisch ausgeglichenen Ostprovinz eingestellt. Der "merger" ist selbst für gemässigte Tamilengruppen, wie etwa die TULF (Tamil United Left Front), eine *conditio sine qua non* geworden und als solche nicht mehr negoziabel.

In religiöser Hinsicht sind Buddhisten, Hindus, Muslims und Christen vereint unter den 320.000 Einwohnern der Region um Trincomalee anzutreffen. In mehr als 30 Lagern darben 37.000 Flüchtlinge, dazu gesellen sich 13.000 Tamilen, welche bei Verwandten in der Region Unterkunft gefunden haben. Offizielle Zahlen geben für Ende 1991 die Zahl der "displaced persons" mit 689.000 an und davon wären noch über 213.000 Flüchtlinge in Regierungslagern. Mehr als achzig Prozent der Vertriebenen auf der Insel sind in der Nordostprovinz beheimatet. (Beilage 3 vermittelt die neuesten offiziellen Zahlen der Anzahl Vertriebenen auf Sri Lanka.)

Eines der grössten Lager ist Clappenburg mit über 5.000 Flüchtlingen, welches der Schreiber zusammen mit Botschafter von Graffenried besuchte. Nahrungsmittel und Medikamente sind knapp vorhanden, allerdings sind die Platzverhältnisse in den grossen, glühendheissen Wellblechbaracken unter den minimalsten Normen und die Sanitärverhältnisse sind prekär. Immerhin ist für Kinder die Möglichkeit eines rudimentären Schulbetriebes vorhanden. Die Anzahl der jungen Männer zwischen 18 und 45 Jahren ist verschwindend klein. Anfang Januar 1992 wurden mehrere Männer von der Armee zu Befragungen abgeholt, seitdem fehlt von neun Personen jede Spur.

Die Region von Trincomalee kann als Modell für die Sorgen der vom Krieg geprüften Zivilbevölkerung genommen werden. Durch die Ausgangssperre und die Minen werden die Möglichkeiten zur Bebauung der Felder stark reduziert. Nur 60 Prozent des kultivierbaren Landes werden nach den Worten des für die Region zuständigen Militärbefehlshabers bebaut. Die allgegenwärtigen Strassensperren der 9.000 in der Region stationierten Soldaten erschweren und verunmöglichen teilweise den Warenverkehr. Die Fischer werden

durch Beschränkungen beim Auslaufen der Kutter in der Nacht in ihrer Arbeit behindert. Dazu kommen von der Armee eingeschränkte Einkäufe für Nahrungsmittel, um nicht den LTTE Nachschub zu liefern. Sogar die Menge des Düngers wird limitiert, da sonst daraus Sprengstoff gebastelt werden könne. Unter diesen Rahmenbedingungen ist ersichtlich, dass ein Teil der Vertriebenen dieser Region echte Wirtschaftsflüchtlinge sind, auch wenn keine direkte und unmittelbare physische Bedrohung für jeden Einzelnen herrschen muss.

Die Verwaltung des Bezirkes von Trincomalee stellt Colombo vor grosse Probleme. Freiwillige Regierungsangestellte für die Region sind rar und in den strikt nach Ethnien aufgeteilten Dörfern muss auch die Verwaltung entsprechend tamilisch, singhalesisch oder muslimisch sein. Die an die 60.000 Muslims, welche von den LTTE mit Waffengewalt aus der Region von Jaffna vertrieben worden sind, stellen eine grosse Belastung für die gesamte Ostprovinz dar und die von der Regierung mit Waffen zum Selbstschutz ausgerüsteten "homeguards" benützen die Gelegenheit zur Begleichung alter Rechnungen. Sammelt die Armee andererseits die Waffen ein, so werden die Muslims leichte Opfer für Anschläge der LTTE.

6. Rückführungsmöglichkeiten für tamilische Asylbewerber

Mit dem offenen Ausbruch des Konfliktes im Jahre 1983 begann die andauernde Fluchtbewegung von Tamilen nach dem indischen Bundesstaat Tamil Nadu. Gegen 30.000 Tamilen suchten im ersten Jahr des kriegerischen Konfliktes Schutz und bereits 1985 überstieg die Zahl der Flüchtlinge 100.000 Menschen.

Indien, obwohl kein Signatarstaat der UN-Flüchtlingskonvention von 1951, bot den Flüchtlingen aus Sri Lanka ebenso willig Unterkunft an, wie dies bei rund 100.000 Tibetern im Norden und geschätzten 75.000 Bangladeshis aus den "Chittagong Hill Tracts" im indischen Bundesstaat Tripura der Fall ist.

Als Folge des indo-srilankischen Abkommens vom 29. Juli 1987 führte ein Programm zur freiwilligen Rückführung zwischen 1987 und 1990 zur Rückkehr von geschätzten 43.000 Flüchtlingen nach Sri Lanka. Davon wurden 25.600 durch das UNHCR betreut, welches überdies den übrigen spontanen Rückkehrern Reintegrationshilfe leistete. Mit dem Wiederaufflammen der Kämpfe im Juni 1990 schwoll der Flüchtlingsstrom nach Tamil Nadu stark an und mehr als die Hälfte der freiwilligen Heimkehrer sahen sich erneut zur Flucht gezwungen. Ende 1991 hielten sich nach Statistiken des indischen Innenministeriums 210.000 Tamilen legal in Indien auf, davon 115.000 in 257 Lagern. Gemäss der gleichen Quelle hätten allein seit 1989 über 120.000 Flüchtlinge in Südindien Zuflucht

gesucht. Gegen 200.000 Tamilen haben seit 1983 Asyl in Europa, Nordamerika und Australien beantragt.

Die Ermordung Rajiv Gandhis durch vermutliche LTTE-Mitglieder veränderte die Lage in Tamil Nadu und die Haltung Indiens in der Tamilenfrage. Alle neu eintreffenden Tamilen werden registriert und die bestehenden Lager wurden weg von der Küste ins Landesinnere verlegt. Die Aussenminister Indiens und Sri Lankas vereinbarten am 7. Januar 1992 die freiwillige Rückführung von Flüchtlingen aus Tamil Nadu nach Sri Lanka. Die ersten 1.500 Tamilen, welche zum Grossteil aus der Region Trincomalee stammen, wurden dabei bis Ende Januar nach Trincomalee verschifft. Flüchtlinge aus Mannar müssen aber bis auf weiteres in Puttalam bleiben, da die Lage im Norden nicht als sicher bezeichnet werden kann. Laut HCR handelt es sich bei den Rückkehrern mehrheitlich um Staatsangestellte, welche von den srilankischen Behörden "ultimativ" zur Heimreise anhalten worden seien. Insgesamt sollen sich 30.000 Tamilen zur freiwilligen Rückkehr entschlossen haben.

Angesichts der fehlenden Präsenz des UNHCR und des IKRK in Tamil Nadu, der unmöglichen Kontrolle über die Freiwilligkeit der Rückkehr, der unsicheren Lage im Norden Sri Lankas und der Schwierigkeit einer sicheren Reintegration der Tamilen stehen der UNHCR wie auch das IKRK der Rückführungsaktion bisher ablehnend gegenüber und sehen die Bedingungen für eine Rückführung als nicht erfüllt an. Beide schätzen, dass bis zu einem Viertel der 30.000 Rückkehrwilligen entweder nicht wissen, auf was sie sich einlassen, oder mit falschen Vorspiegelungen zur Rückkehr gedrängt wurden. (Beilage 4 rekapituliert die Grundsätze freiwilliger Rückführungen durch den UNHCR). Der zusätzliche R-Stempel (return) im Pass der Indienheimkehrer scheint nicht ungefährlich, da die Polizei bei späteren Ueberprüfungen geneigt sein könnte jüngere Männer als verdächtige LTTE-Sympathisanten zu befragen und festzuhalten. Im Gegensatz zu den wohlklingenden Worten des Militärbefehlshabers von Trincomalee, dass man die Vergangenheit der Rückkehrwilligen vergessen wolle, wurden bereits die ersten jüngeren Männer verhaftet und befragt.

Die erste Reaktion der LTTE auf die indo-srilankische Rückführungsaktion erfolgte am 21. Januar, wenige Stunden vor dem Eintreffen des ersten Kontingents tamilischer Flüchtlinge in der Form zweier Guerillaanschläge unweit von Trincomalee. Mit den Attentaten will die LTTE offenbar die planmässige Rückführung der Flüchtlinge verunmöglichen oder zumindest so weit wie möglich erschweren. Ohne Diskussionen über eine politische Lösung des Konflikts wird die LTTE nicht Hand zu einer Lösung des Flüchtlingproblems bieten.

Im Rahmen der Informellen Konsultationen über Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik in Europa, Nordamerika und Australien

fanden Ende der achziger Jahre Gespräche mit der Regierung Sri Lankas über die Rückführung 5.000 tamilischer Flüchtlinge aus Europa und Kanada statt. Diese Operation wäre unter der Leitung der IOM (Internationale Organisation für Migrationen) gestanden. Die Ereignisse des Jahres 1989 führten zur Einfrierung dieses vorgesehenen Programmes.

Für die Schweiz ergeben sich folgende Optionen für die Rückführung tamilischer abgewiesener Asylbewerber in ihre Heimat:

- a) Abwarten, wie sich die Rückführung der Tamilen aus Tamil Nadu gestaltet. Sollten diese Flüchtlinge in der Tat in sichere Zonen repatriiert werden können, wäre eine Heimschaffung aus der Schweiz ebenfalls vertretbar. Als flankierende Massnahme wäre an eine individuelle Rückkehrhilfe, allenfalls in Zusammenarbeit mit Projekten des SKH zu denken.
- b) Rückführung kleinerer Gruppen in sichere Gebiete in der Nordostprovinz. Diese Aktion müsste in Absprache mit dem UNHCR und dem IKRK erfolgen, insofern eine freiwillige Rückkehr erfolgt. Als flankierende Massnahmen könnten ebenfalls individuelle Rückkehrhilfen vorgesehen werden.
- c) Falls die Situation im Nordosten sich nicht verbessert, wäre eine individuelle Rückschaffung nach Colombo auf einer Fall-zu-Fall-Basis bei der gegenwärtigen Sicherheitslage vertretbar und zumutbar. Eine Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem IKRK ist wie für Variante b) wünschbar. Nach Aussagen des UNHCR wären "all members of Tamil families who used to live in Colombo for a long time" am sichersten. Die regelmässige Ueberprüfung der Ausweispapiere bei der Rückkehr der Flüchtlinge nach Sri Lanka stellt keinen Grund gegen eine allfällige Rückschaffung dar.
- d) Als ultima ratio bei einem stetig zunehmenden Migrationsfluss in die Schweiz könnte eine Rückführung auch gegen den Willen der Betroffenen nach Colombo erfolgen. Vertreter des UNHCR und IKRK, wie auch führende gemässigte tamilische Politiker weisen aber auf die sich verschlechternde Lage für Tamilen in Colombo hin.

7. Entwicklungszusammenarbeit im Nordosten

Der Kriegszustand im Nordosten verhindert ein grösseres Engagement, rechtfertigt aber umsomehr die verschiedenen Spitalprojekte, welche bereits abgeschlossen oder in Planung sind. Die Projekte des SKH zur Sanierung von Kleinspitalern in der Region Trincomalee sind gegenwärtig das Rückgrat unserer Hilfe in der mehrheitlich tamilischen Nordostprovinz.

Botschafter André von Graffenried eröffnete am 27. Januar das Kleinspital in Muthur, welches als einziges lokales Spital und Entbindungsstation des Bezirkes dient. Zusammen mit dem Unterzeichneten besuchte er die beiden weiteren Rehabilitationsprojekte in Nilaveli und Thampalagamam, die auch im Hinblick auf die Repatriierung der Tamilen aus Indien vermehrt in Anspruch genommen werden. Herr André Schawohl, Experte des SKH auf Platz, kann für diese beiden Projekte seine Erfahrungen in Muthur anwenden und arbeitet sehr eng mit den in der Region tätigen NGO's (MSF, Oxfam, Save the Children Fund) zusammen. Diese ausländischen Organisationen sind Rückgrat und Transmissionsriemen für die lokalen NGO's, die kaum über finanzielle Mittel verfügen. Sie sind aber in der Lage, die Mittel rasch und effizient zu verteilen und Auffangzentren zu versorgen. Ein Gespräch mit Vertretern verschiedenster NGO's zeigte auf, wo die Probleme liegen (Transport für die Verteilung) und wie eng die Bevölkerung, ungeachtet der ethnischen Abstammung oder Religion, zur Linderung der Kriegsfolgen zusammenarbeitet.

8. Familienzusammenführungen und Visafragen

An der Botschaft Colombo ist seit der zweiten Hälfte 1991 ein sprunghafter Anstieg von Eheversprechen festzustellen. Von den 43 Gesuchen des Vorjahres fielen 38 in die zweite Jahreshälfte und bereits im Monat Januar 1992 wurden 10 neue Gesuche eingereicht. Die Konsularsektion leitet diese Eheversprechen zusammen mit dem Visagesuch der betreffenden Person in die Schweiz weiter. Es macht den Anschein, als ob hier eine neue "Lücke" unseres Asylgesetzes zur Einleitung eines tamilischen Migrationsflusses ausgenützt würde. Das Beispiel zeigt jedenfalls auf, dass unsere ethischen Verhaltensnormen nicht ohne weiteres in anderen Kulturkreisen angewandt werden können und entsprechende Korrekturen vorgenommen werden müssen.

Sowohl die Botschaft in Colombo, wie auch das Generalkonsulat in Bombay waren der Ansicht, dass die verschiedenen kantonalen Fremdenpolizeien die Einladungsschreiben zu wenig kontrollieren würden. Es scheint, dass mit einer strengeren Kontrolle schon im Ansatz zukünftige Asylfälle vermieden werden könnten. Die grosszügige Legalisierungspraxis bei Einladungen wäre unter diesem Aspekt zu überprüfen.

9. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Sri Lanka vermittelt einen gespaltenen Eindruck. Im ruhigen südwestlichen Teil des Landes wächst die Wirtschaft - trotz des Krieges wurde 1991 ein markantes Wachstum von 5,6 Prozent verzeichnet - und mit 315.000 Besuchern vermeldete die Touristikbranche ein erfolgreiches Jahr. Daneben tobt im Nordosten des Landes ein erbitterter Bürgerkrieg, und im letzten Jahr sind fast 1.000 Menschen spurlos verschwunden. Die Armee hat ihre Position gefestigt und denkt an die gewaltsame Eroberung der dichtbevölkerten Jaffnahalbinsel, was der LTTE einen Vorwand zu neuen Terrorakten liefert.

Die im sogenannten "Select Committee" zusammengefassten Parlamentarier aller Couleur sind an einem toten Punkt angelangt. Der vom einflussreichen Gewerkschafter und Minister Thondaman vorgelegte Entwurf einer Lösung des Tamilenproblems durch weitgehende Autonomie der Nordostprovinz wird von singhalesischen Hardliners ebenso vehement wie vom buddhistischen Klerus abgelehnt. Die LTTE ihrerseits fordert ein "homeland", was auf eine separatistische Lösung ausläuft. Eine externe Vermittlung wird nicht gewünscht und ist ohne eine Aenderung der indischen Politik auch nicht möglich. Am ehesten scheint die UNO mit einem behutsamen schrittweisen Vorgehen Aussichten auf Erfolg zu besitzen. Ausser dem Anbieten unseres Territoriums für allfällige Gespräche sollten wir unsere Bereitschaft für Gute Dienste nicht überbetonen.

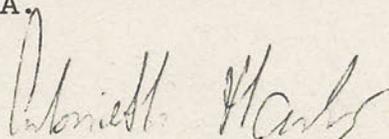
Gegenwärtig läuft die Rückführung der in Tamil Nadu lebenden Tamilen ab. Ungefähr 30.000 Flüchtlinge sollen den Willen zur Rückkehr bekundet haben und werden schubweise nach Trincomalee geschafft. Die Aktion erscheint verfrüht und an der "Freiwilligkeit" sind Zweifel angebracht. Das UNHCR lehnt einen Einbezug ab, da es keine Kontrollmöglichkeiten in Indien besitzt. Für die Schweiz stellt sich die Frage, wie wir bei allfälligen Anfragen von Seiten der Regierung in Colombo reagieren sollen. Die Rückführung von Tamilen aus der Schweiz nach Colombo erscheint auf individueller Fall-zu-Fall-Basis möglich. Rückführungen in den Nordosten sind nicht möglich. Die Grenzen und Möglichkeiten eines umfangreichen Rückkehrhilfeprogrammes sollten in diesem Zusammenhang evaluiert werden.

Neben der Fortführung von Projekten in Sri Lanka sollten auch Massnahmen in der Schweiz in Betracht gezogen werden, wie etwa ein entschiedenes Vorgehen gegen das erpresserische Vorgehen der LTTE gegenüber tamilischen Asylbewerbern. Die Fremdenpolizeien sind zu strikteren Kontrollen von Einladungsschreiben anzuhalten.

10. Dank

Herrn Botschafter André von Graffenried und seinen Mitarbeitern sei für ihre Hilfe und Gastfreundschaft ein herzlicher Dank ausgesprochen. Die Betreuung in Colombo war ausgezeichnet. Herr André Schawohl, Projektleiter des SKH in Muthur, hat für den Besuch im Osten unter schwierigsten Bedingungen ein auf die Minute abgestimmtes Programm entworfen, was bei der Sicherheitslage nicht selbstverständlich war. Schlussendlich sorgten Herr Generalkonsul Benedikt Keiser und seine Mitarbeiter in Bombay für einen konstruktiven Abschluss. Allen obgenannten gilt mein Dank für ihren Beitrag zum erfolgreichen Besuch.

KOORDINATOR FUER INTER-
NATIONALE FLUECHTLINGSPOLITIK
i.A.



(Markus-Alexander ANTONIETTI)

Beilagen

- 1a), b), c) Besuchsprogramme
2. Karte Sri Lanka
3. Statistik der Vertriebenen auf Sri Lanka
4. Sri Lanka: Resolutions of the UNHCR relating to Voluntary Repatriation

1988 DISTRICT RELIEF UNIT - SRI-LANKA
Rehabilitation of DISTRICT- HOSPITAL in MUTHUR

TIMETABLE: OPENING CEREMONY
27.01.1992
UPDATE: 20.01.92

PRINTOUT: 20.01.92

**H A N D I N G - O V E R
C E R E M O N Y
T R A V E L - P R O G R A M** for
Mr. A.v.Graffenried, the Ambassador
of Switzerland in Sri-Lanka
and
Mr. Antonietti, Department for
Foreign Affairs, Switzerland

Date:	Time:	Travel:/Program:	overnight:
26.01.92	noon	Start in Colombo By car	AG, An
	16.30	Arrival Habarana	Lodge AG, An
	19.00	Meeting with SDR	Lodge AG, An, As
27.01.92	09.00	Start Habarana by car (escort by SDR)	
	11.30	Arrival Trincomalee	AG, An, As
	11.45	Lunch by N.S.F. Elephant House	all
	13.00	Start to Muthur By NAVY-Boat	AG, An,
	13.30	Arrival Muthur	AG, An,
	13.45	Handing-over ceremony Hospital	
	15.00	Visit: Refugee-camp with M.O.H.	AG, An, As
	16.00	Start Muthur to Trinco by NAVY- Boat	
	16.30	Arrival Trinco	
	16.30	Meeting with S.C.F	AG, An, As
	17.30	Start to Nilaveli	AG, An, As
		Dinner and Overnight: Nilaveli- Beach Hotel	

SWISS DISASTER RELIEF UNIT SRI-LANKA
Rehabilitation of DISTRICT- HOSPITAL in MUTHUR

TIMETABLE: OPENNING CEREMONY
27.01.1992
UPDATE: 20.01.92

PRINTOUT: 20.01.92

H A N D I N G - O V E R
C E R E M O N Y
T R A V E L - P R O G R A M for

Mr. A.v.Graffenried, the Ambassador
of Switzerland in Sri-Lanka

and

Mr. Antonietti, Departement for
Foreign Affairs, Switzerland

page -02-

Date:	Time:	Travel:/Program:	overnight:
23.01.91	08.00	Visit: Nilaveli Dispensary (with M.D.H.)AG, An..	
	08.30	Visit: E.H.E.D. and Refugee-camp	AG, An.
	09.00	Meeting: Father Leo Nilaveli	
		Visit: E.H.E.D. Vocals.-Trainingscenter	AG, An..
	11.00	Meeting: NGO's (Local) Trincomalee	AG, An..
	12.00	Lunch: by I.C.R.C Trincomalee	AG, An..
	13.30	Visit: Refugee-camp CLAPENBERG	AG, An..
	14.30	Visit: R.-camp/Hospital TAMPALAKAMAM	AG, An,
	15.30	Start: to Habarana	AG, An, As

Timelist: Muthur- Trinco by Navy-Speedboat 1 1/2 hrs
Tampalakamam- Habarana by car: 2 hrs
Habarana- Colombo : 3 1/2 hrs

Programm von Herrn Markus Antonietti
Besuche in Colombo

Donnerstag, 30.1.1992:

- 11.00 Mr Kaiser Zaman, UNHCR ResRep
20, Torrington Ave., Colombo 7
- 12.00 Mr Pierre Wettach, Head of ICRC Delegation
104, Reid Ave., Colombo 3
- 13.00 Mittagessen Residenz
(H. Schwitter, Sandoz Chemicals, Singapore;
G. Baumann, BAUR, Colombo)
- 15.30 Mr Christie Silva
Secretary, Ministry of Reconstruction,
Rehabilitation and Social Welfare
1 Alfred House Gardens, Colombo 3
- 17.00 Mr P. Joseph, M.P. Batticaloa member of TULF
(Tamil United Left Front) in Residenz

Freitag, 31.1.1992:

- 8.00 Morgenessen Residenz
(Dr. Neelan Tiruchelvam, Secretary TULF)
Director International Institute for Ethnic Studies
- 09.30 Mr Hermann Froger
Netherlands Ambassador
25, Torrington Ave., Colombo 7
- 10.15/10.30 Mr B.C. Srivastava, Director ILO
202-204, Baudhaloka Mw., Colombo 7
- 12.00 Ms Nancy Stiles
High Commissioner of Canada
6, Gregory's Rd., Colombo 7
- 13.00 Mittagessen Residenz
(Mr Jayaraj Fernandopulle, M.P.,
S.L.F.P. (Sri Lanka Freedom Party))
- 15.30 Mr S. Sivathanan
State Secretary, Ministry of Tourism
45, St. Michael's Rd., Colombo 3
- 17.00 Mr D. Sidharthan, President PLOTE (People's
Liberation Organisation of Tamil Eelam)
in Residenz
- 19.00 evtl. Cocktails, Colombo Hilton
- 20.00 Nachtessen im Galle Face Hotel

- 2 -

Montag, 3.2.1992:

09.30 Mr. R.C. Vandergert
Director General Political Division, MFA

11.00 Mr S.N. Seneviratne
Secretary General of Parliament
Parliament, Kotte

20.00 Nachtessen Residenz für Herrn M. Antonietti

Barbecue Dinner, Wednesday, 3.2.1992, 8.00 p.m., Casual

- 1 Mr M. Antonietti, EDA, Stv. Koordinator für intern. Flüchtlingspoliti
 2 Amb. and Mrs Herman Froger, NL
 2 Mr and Mrs Percy Abols, Counsellor, Canada
 1 Ms Danielle de Knocke, NL
 1 Ms Laura Luftig, Political Officer, USA
 2 Mr and Mrs B. Garcia, UNDP
 2 Mr and Mrs H.M.G.S. Palihakkara, Dir. West Desk, MFA
 2 Mr and Mrs Ravinath Ariyasinghe Asst. Dir. Publicity Div., MFA
 1 Ms Dorothee Rojahn, Intercooperation
 2 Mr and Mrs Stanley Jayawardena
 1 Mr Jehan Perera, Sarvodaya Movement
 2 Dr and Mrs Romesh Dias Bandaranaike
 2 Dr and Mrs Chanaka Amaratunga, Leader, The Liberal Party
 1 Mr Rohan Edrisinha, Dpt. Secr.-Gen. The Liberal Party
 1 Ms Shanti Wilson
 2 Mr and Mrs Thomas Abraham, "The Hindu", 5 1/1 Queen's Terrace, C-3
 1 Mr Chris Morris, BBC Correspondent
 1 Ms Kalpana Isaac, Sunday Observer
 1 Mr John Colney, Asiaweek (580 795)
 1 Ms Julian West "
 1 Mr Pierre Wettach, ICRC
 1 Ms Elisabeth Knecht, ICRC
 1 Mr Max Hadorn, ICRC
 1 Ms Marie-Bénédicte Erni, ICRC
 2 (ex)Amb. and Mrs Peter Erni
 1 Ms Erni
 1 AG

Report on Displaced Persons in Welfare Centres and outside Welfare Centres.
as at 31.12.91.

District	No. of Welfare Centres	No. of Families in w.cc	No. of Families outside w.cc	Total No. of Families affected	No. of Persons in w.cc	No. of Persons outside w.cc	Total No. of Persons Affected
Jaffna	251	9,433	44,340	53,773	39,359	181,794	221,153
Mullaitivu	25	4,535	5,416	9,951	17,441	9,801	27,242
Mannar	03	7,683	5,301	12,984	28,893	21,133	50,026
Kilinochchi	03	1,089	6,570	7,659	870	28,852	29,722
Vavuniya	03	78	6,177	6,255	390	28,010	28,400
Puttalam	66	7,500	300	7,800	37,500	1,500	39,000
Batticaloa	33	3,322	16,583	19,905	13,602	67,161	80,763
Ampara	25	5,212	2,239	7,451	11,154	10,984	22,138
Trincomalee	12	5,970	14,745	20,715	29,850	73,725	103,575
Colombo	11	642	2,251	2,893	1,944	11,255	13,199
Gampaha	-	-	1,676	1,676	-	8,065	8,065
Galle	-	-	415	415	-	2,075	2,075
Kalutara	-	-	504	504	-	2,369	2,369
Kurunegala	28	1,068	612	1,680	4,648	2,500	7,148
Anuradhapura	54	4,044	1,294	5,338	24,650	5,953	30,603
Polonnaruwa	11	391	1,466	1,857	2,671	7,300	9,971
Moneragala	-	-	303	303	-	1,416	1,416
Badulla	-	-	242	242	-	1,210	1,210
Matara	-	-	38	38	-	119	119
Hambanthota	-	-	387	387	-	1,935	1,935
Matale	04	138	470	608	599	3,105	3,704
Kandy	-	-	630	630	-	3,150	3,150
Nuwara-Eliya	-	-	200	200	-	1,000	1,000
Kegalle	-	-	214	214	-	1,119	1,119
Ratnapura	-	-	42	42	-	210	210
Total	529	51,105	112,415	163,520	213,571	475,741	689,312

Total Number of Families = 163,520
Total Number of Persons = 689,312

T. Lankaneson,
Director/Planning,
Ministry of Reconstruction,
Rehabilitation & Social W.

Resolutions of the Executive Committee

of the

UNITED NATIONS HIGH COMMISSIONER FOR REFUGEES

relating to Voluntary Repatriation

<u>Date</u>	<u>Session</u>	<u>No.</u>
October 1980	31st	18 (XXXI)
October 1985	36th	40 (XXXVI)

UNHCR Colombo
November 1988

1980 (Executive Committee—31st Session)

No. 18 (XXXI) VOLUNTARY REPATRIATION*

The Executive Committee.

- (a) *Recognized* that voluntary repatriation constitutes generally, and in particular when a country accedes to independence, the most appropriate solution for refugee problems;
- (b) *Stressed* that the essentially voluntary character of repatriation should always be respected;
- (c) *Recognized* the desirability of appropriate arrangements to establish the voluntary character of repatriation, both as regards the repatriation of individual refugees and in the case of large-scale repatriation movements, and for UNHCR, whenever necessary, to be associated with such arrangements;
- (d) *Considered* that when refugees express the wish to repatriate, both the government of their country of origin and the government of their country of asylum should, within the framework of their national legislation and, whenever necessary, in co-operation with UNHCR take all requisite steps to assist them to do so;
- (e) *Recognized* the importance of refugees being provided with the necessary information regarding conditions in their country of origin in order to facilitate their decision to repatriate; recognized further that visits by individual refugees or refugee representatives to their country of origin to inform themselves of the situation there—without such visits automatically involving loss of refugee status—could also be of assistance in this regard;

* CONCLUSION ENDORSED BY THE EXECUTIVE COMMITTEE OF THE HIGH COMMISSIONER'S PROGRAMME UPON THE RECOMMENDATION OF THE SUB-COMMITTEE OF THE WHOLE ON INTERNATIONAL PROTECTION OF REFUGEES.

1980 (Executive Committee—31st Session)

(f) *Called* upon governments of countries of origin to provide formal guarantees for the safety of returning refugees and stressed the importance of such guarantees being fully respected and of returning refugees not being penalized for having left their country of origin for reasons giving rise to refugee situations;

(g) *Recommended* that arrangements be adopted in countries of asylum for ensuring that the terms of guarantees provided by countries of origin and relevant information regarding conditions prevailing there are duly communicated to refugees, that such arrangements could be facilitated by the authorities of countries of asylum and that UNHCR should as appropriate be associated with such arrangements;

(h) *Considered* that UNHCR could appropriately be called upon—with the agreement of the parties concerned—to monitor the situation of returning refugees with particular regard to any guarantees provided by the governments of countries of origin;

(i) *Called* upon the governments concerned to provide repatriating refugees with the necessary travel documents, visas, entry permits and transportation facilities and, if refugees have lost their nationality, to arrange for such nationality to be restored in accordance with national legislation;

(j) *Recognized* that it may be necessary in certain situations to make appropriate arrangements in co-operation with UNHCR for the reception of returning refugees and/or to establish projects for their reintegration in their country of origin.

1985 (Executive Committee—36th Session)

No. 40 (XXXVI) VOLUNTARY REPATRIATION *

The Executive Committee,

Reaffirming the significance of its 1980 conclusion on voluntary repatriation as reflecting basic principles of international law and practice,

adopted the following further conclusions on this matter:

(a) The basic rights of persons to return voluntarily to the country of origin is reaffirmed and it is urged that international co-operation be aimed at achieving this solution and should be further developed;

(b) The repatriation of refugees should only take place at their freely expressed wish; the voluntary and individual character of repatriation of refugees and the need for it to be carried out under conditions of absolute safety, preferably to the place of residence of the refugee in his country of origin, should always be respected;

(c) The aspect of causes is critical to the issue of solution and international efforts should also be directed to the removal of the causes of refugee movements. Further attention should be given to the causes and prevention of such movements, including the co-ordination of efforts currently being pursued by the international community and in particular within the United Nations. An essential condition for the prevention of refugee flows is sufficient political will by the States directly concerned to address the causes which are at the origin of refugee movements;

(d) The responsibilities of States towards their nationals and the obligations of other States to promote voluntary repatriation must be upheld by the international community. International action in favour of voluntary repatriation, whether at the universal or regional level, should

* CONCLUSION ENDORSED BY THE EXECUTIVE COMMITTEE OF THE HIGH COMMISSIONER'S PROGRAMME UPON THE RECOMMENDATION OF THE SUB-COMMITTEE OF THE WHOLE ON INTERNATIONAL PROTECTION OF REFUGEES.

1985 (Executive Committee—36th Session)

receive the full support and co-operation of all States directly concerned. Promotion of voluntary repatriation as a solution to refugee problems similarly requires the political will of States directly concerned to create conditions conducive to this solution. This is the primary responsibility of States;

(e) The existing mandate of the High Commissioner is sufficient to allow him to promote voluntary repatriation by taking initiatives to this end, promoting dialogue between all the main parties, facilitating communication between them, and by acting as an intermediary or channel of communication. It is important that he establishes, whenever possible, contact with all the main parties and acquaints himself with their points of view. From the outset of a refugee situation, the High Commissioner should at all times keep the possibility of voluntary repatriation for all or for part of a group under active review and the High Commissioner, whenever he deems that the prevailing circumstances are appropriate, should actively pursue the promotion of this solution;

(f) The humanitarian concerns of the High Commissioner should be recognized and respected by all parties and he should receive full support in his efforts to carry out his humanitarian mandate in providing international protection to refugees and in seeking a solution to refugee problems;

(g) On all occasions the High Commissioner should be fully involved from the outset in assessing the feasibility and, thereafter, in both the planning and implementation stages of repatriation;

(h) The importance of spontaneous return to the country of origin is recognized and it is considered that action to promote organized voluntary repatriation should not create obstacles to the spontaneous return of refugees. Interested States should make all efforts, including the provision of assistance in the country of origin, to encourage this movement whenever it is deemed to be in the interests of the refugees concerned;

(i) When, in the opinion of the High Commissioner, a serious problem exists in the promotion of voluntary repatriation of a particular refugee group, he may consider for that particular problem the establishment of an informal *ad hoc* consultative group which would be

1985 (Executive Committee—36th Session)

appointed by him in consultation with the Chairman and the other members of the Bureau of his Executive Committee. Such a group may, if necessary, include States which are not members of the Executive Committee and should in principle include the countries directly concerned. The High Commissioner may also consider invoking the assistance of other competent United Nations organs;

(j) The practice of establishing tripartite commissions is well adapted to facilitate voluntary repatriation. The tripartite commission, which should consist of the countries of origin and of asylum and UNHCR, could concern itself with both the joint planning and the implementation of a repatriation programme. It is also an effective means of securing consultations between the main parties concerned on any problems that might subsequently arise;

(k) International action to promote voluntary repatriation requires consideration of the situation within the country of origin as well as within the receiving country. Assistance for the reintegration of returnees provided by the international community in the country of origin is recognized as an important factor in promoting repatriation. To this end, UNHCR and other United Nations agencies as appropriate, should have funds readily available to assist returnees in the various stages of their integration and rehabilitation in their country of origin;

(l) The High Commissioner should be recognized as having a legitimate concern for the consequences of return, particularly where such return has been brought about as a result of an amnesty or other form of guarantee. The High Commissioner must be regarded as entitled to insist on his legitimate concern over the outcome of any return that he has assisted. Within the framework of close consultations with the State concerned, he should be given direct and unhindered access to returnees so that he is in a position to monitor fulfilment of the amnesties, guarantees or assurances on the basis of which the refugees have returned. This should be considered as inherent in his mandate;

(m) Consideration should be given to the further elaboration of an instrument reflecting all existing principles and guidelines relating to voluntary repatriation for acceptance by the international community as a whole.